

## Deutsch-ukrainische Beziehungen vor dem Machtwechsel in Deutschland 1998<sup>1</sup>

von Roman Kryvonos, Kiev

Durch den globalen Systemumbruch an der Jahrzehntewende der 80er und der 90er Jahre wurde das Weltbild vollständig verändert. Infolge dessen sind einerseits neue Staaten entstanden und andererseits wurde die Rolle und Bedeutung bereits existierender Staaten neu definiert. Es war keine Transformation des alten Jalta-Systems, sondern eine Kette revolutionärer Umwälzungen (Czempiel 1997a: 1/5). Sowohl die deutsche Wiedervereinigung als auch die Erlangung der Unabhängigkeit der Ukraine waren ein Teil dieses globalen Vorgangs.

Die neue Weltordnung nach Ende des Kalten Krieges ist eine Ordnung *sui generis*, die nicht in den traditionellen Metaphern über die Polaritäten beschrieben werden kann (Nye 1992: 96). Sie beinhaltet nicht nur eine militärische *balance of power*, sondern auch langfristige gesellschaftliche Veränderungen, die zur Auflösung des Begriffes „Souveränität“ führen, technologische Entwicklungen im Bereich der Telekommunikation, Migration und wachsende wirtschaftliche Verbindungen. Wir leben heute in einer globalen Informationsgesellschaft, die durch modernste Kommunikationsmittel und technologisches Wachstum zusammengehalten wird.

Das Entstehen der Globalgesellschaft relativiert aber keinesfalls die Bedeutung bilateraler Verhältnisse zwischen den einzelnen Staaten, was von den Transnationalisten unterschätzt wird. Die Überlegungen von Ernst-Otto Czempiel über eine „Gesellschaftswelt“, die 1989/90 entstanden sei (Czempiel 1997: 1/6), sind verfrüht. Die Außenpolitik der einzelnen Staaten konstituiert immer noch internationale Beziehungen und bedingt sie gleichzeitig. Das heißt, einzelstaatliches Handeln wird zunächst von nationalen oder subnationalen Interessen gesteuert, muss aber Regional- und Universalinteressen mit berücksichtigen (Pfeusch 1994: 30).

Das Ende des Kalten Krieges war durch Euphorie über die Perspektive der Verhältnisse zu allen postsowjetischen Staaten geprägt. Man erwartete, dass mit der Beseitigung des ideologischen Wettbewerbs und der militärischen Konfrontation die unnatürliche Weltspaltung in zwei sozial-wirtschaftliche Systeme beendet sei und die, nun westliche Werte übernehmenden, postsowjetischen Staaten schnell in den europäischen politischen und wirtschaftlichen Raum integriert werden würden (vgl. Fukuyama 1989: 3; ders. 1992: 23; Brzezinski 1994: 80). Dies stellte sich als unrealistisch heraus.

Die deutsch-ukrainischen Beziehungen entwickelten sich in den 90er Jahren ungleichmäßig. Es lassen sich in diesem Vorgang folgende Etappen feststellen:

1991–1993 – Anknüpfung und Ausbau diplomatischer Beziehungen. Die Ukraine bleibt aber für die deutsche Politik im Schatten Russlands.

In der Zeit zwischen 1993 und 1996 kommt ein intensiver Ausbau der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kontakte zwischen beiden Ländern voran. Es kommt zu einer immer intensiveren Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, finanziellen, kulturellen Bereich.

In den letzten drei Jahren kam es leider im bilateralen Verhältnis zu einem Tiefpunkt, der als strukturelle „Krise der gegenseitigen Erwartungen“ charakterisiert werden kann. Diese Erwartungskrise findet ihren Ausdruck einerseits in der beiderseitigen Unzufriedenheit mit dem Stand der Verhältnisse, andererseits in einer Stagnation der Kontakte. Deutschland wirft der ukrainischen Führung den langsamen und inkonsequenten Charakter der wirtschaftlichen Reformen, ihr autokratisches Regierungsmodell, ungenügende Beachtung der Menschenrechte und eine zu langsame Erfüllung der schon erreichten Vereinbarungen vor. Die Ukraine fühlt sich aber tief in ihren Erwartungen auf westliche, auch deutsche, Hilfe und vor allem auf Unterstützung für Reformen im Inneren – „einen neuen Marshall-Plan“ – enttäuscht.

Die Hypothese über eine strukturelle Erwartungskrise steht im Mittelpunkt dieses Beitrags.

Die Bundesrepublik begann der Ukraine Aufmerksamkeit zu schenken, als es noch gar nicht um ihre Unabhängigkeit ging. Die BRD war das erste westliche Land, das sein Generalkonsulat in Kiew schon 1989 öffnete. Die deutsche Position kontrastierte mit denen anderer westlichen Staaten. Die weitere Fortsetzung der Desintegrationsprozesse in der Sowjetunion zeigte aber, dass die deutschen Ansichten am besten der damaligen politischen Situation entsprachen. Die Tatsache, dass es Deutschland gelungen war, intensive Verhandlungen mit dem Moskauer Zentrum über die diplomatische Absicherung der deutschen Wiedervereinigung so zu führen, dass die auf die Unabhängigkeit steuernden Unionsrepubliken sich nicht benachteiligt fühlten, kann man als einen Erfolg der deutschen Diplomatie werten.

In den Monaten zwischen dem Augustputsch und der Auflösung der Sowjetunion kam es also zu einer weitgehenden Intensivierung der bilateralen Kontakte. In der kurzen Zeit vom August bis Dezember 1991 wurde die Ukraine von der damaligen Bundestagspräsidentin Süssmuth, dem Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzenden Waigel und einer Gruppe der Bundestagsabgeordneten besucht. Darüber hinaus wurde in der Ukraine nicht zufällig im Oktober 1991 die deutsche Kulturwoche organisiert. Diese Veranstaltung wurde zu einem Forum für die deutsch-ukrainischen politischen Kontakte. H.-D. Genscher, der die deutsche Delegation leitete, wurde somit zum ersten der westlichen Außenminister, der der Ukraine einen offiziellen Besuch abstattete.

Nach der Volksabstimmung vom 1. Dezember 1991 erkannte die Bundesrepublik die staatliche Selbständigkeit des Landes an. Anfang 1992 wurde das deutsche Konsulat in der Ukraine zur Botschaft erhoben und die Bundesrepublik trat in die Geschichte ein als das erste westliche Land, das seine Botschaft in Kiew eröffnete. Mitte Februar 1992 händigte Hennike Graf von Bassevitz als erster Botschafter in der Ukraine dem ukrainischen Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben aus und wurde somit zum ersten Doyen des diplomatischen Korps in diesem Land. Im März 1992 öffnete die ukrainische Botschaft ihre Türen in Bonn. Eine so schnelle Institutionalisierung der Kontakte kann zweifellos als beiderseitiger Erfolg bezeichnet werden (Kostenko 1996: 10). Im Februar 1992 stattete Kravčuk seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch als Oberhaupt des unabhängigen Staates in Bonn ab (Deutsche Tribune vom 7.02.1992).

Der weitere Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine in der ersten Hälfte 1993 kann zweifellos als ein Durchbruch bezeichnet werden (Kudriačenko/Hrabarčuk 1994: 9). Im Februar fand der Besuch des Vizekanzlers und Außenministers Kinkel in Kiew statt.<sup>2</sup> Der politische Dialog wurde im Mai mit einer Reise des ukrainischen Ministerpräsidenten Kučma nach Bonn und dem ersten offiziellen Besuch des deutschen Bundeskanzlers Kohl an der Spitze einer großen Delegation im Juni 1993 in Kiew fortgesetzt. Am 9. Juni 1993 unterzeichneten Kravčuk und Kohl eine gemeinsame Deklaration über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Ukraine und der Bundesrepublik, die zum Grundstein der Verhältnisse der beiden Staaten wurde (Holos Ukraïny vom 10. und 11.6.1993).

Man kann sagen, dass 1993 eines der intensivsten Jahre der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit war. Es gab einen Impuls für die deutsch-ukrainischen Beziehungen. Im Jahr 1995 kam es wieder zu einer Reihe gegenseitiger Besuche von Politikern beider Staaten. Im April reiste der damalige Vorsitzende des ukrainischen Obersten Rates Moroz und im Juli der neue ukrainische Präsident Kučma in die Bundesrepublik.

Intensiv entwickelten sich auch die kulturellen Kontakte. Sie gestalteten sich in dieser Periode institutionell. In Kiew wurden 1993 Vertretungen deutscher politischer Stiftungen und eine Vertretung des Goethe-Institutes geöffnet.

Diese zweite Periode der deutsch-ukrainischen Beziehungen kann man als Etappe des systematischen Aufbaus der bilateralen Kontakte in wesentlichen Bereichen bezeichnen. Das Spektrum der Zusammenarbeit wurde differenzierter und umfasste jetzt nicht nur die Spitzenebene (diplomatische Beziehungen, Verbindungen zwischen den Regierungen, zwischenparlamentarische Kontakte), sondern erstreckte sich auch auf die Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Bildungssysteme und andere Bereiche. Es kam zum Aufbau der Zusammenarbeit zwischen einzelnen deutschen und ukrainischen Regionen. In dieser Zeit entstanden zahlreiche Organisationen und Vereine, die zu persönlichen Kontakten zwischen den Menschen beider Län-

der beitrugen. Diese von Optimismus getragene Periode rechnete aber nicht mit den zahlreichen verborgenen Problemen, die in den nächsten zwei Jahren ans Licht kommen sollten.

Das Jahr 1996 war von dem schon offiziellen Besuch der Präsidentin des deutschen Bundestages Süssmuth und dem zweiten offiziellen Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Ukraine gekennzeichnet (vgl. Haiken 1996: 6). Beide Besuche zeigten, dass neue Tendenzen in der „Ostpolitik“ der Bundesrepublik immer deutlicher wurden. Deutschland ging zur Politik der zwei Zentren im post-sowjetischen Raum – Russland und der Ukraine – über. Die BRD bestätigte ihre prinzipielle Position, parallel zur Vertiefung der Partnerschaftsbeziehungen zu Russland die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit auf allen Ebenen intensiv zu entwickeln. Grundsätzliche Bedeutung dafür hatte die vom Bundeskanzler in Kiew benutzte Formel: „Europa braucht die Ukraine und die Ukraine braucht Europa“ (zit. nach Kostenko 1996: 11).

Gleichzeitig kann man feststellen, dass mehrere Fragen, die während der Verhandlungen behandelt wurden, keine wirkliche Lösung fanden. Es wurde z.B. keine Übereinstimmung über die Schließung des Kernkraftwerkes in Tschernobyl entsprechend den Verabredungen des Moskauer Atomsicherheitsgipfels (1996) gefunden.

Ein weiterer Schritt auf dem Weg zu bilateralen Kontakten war der offizielle Besuch des ukrainischen Außenministers Udovenko im April 1997 in Bonn. Jetzt wurde für einige Zeit der Schwerpunkt von wirtschaftlichen auf sicherheitspolitische Fragen gelegt.

Deutschland verfolgt konsequent eine politische Linie, derzufolge die Existenz einer unabhängigen und stabilen Ukraine und gute Verhältnisse zu Russland zu den Prioritätsinteressen der Bundesrepublik gehören.<sup>3</sup> Garantien für die Sicherheit und die territoriale Integrität der Ukraine sind ein wichtiges Element der europäischen Sicherheit. Darüber hinaus besteht eine prinzipielle Position der Bundesrepublik darin, dass die Ukraine nicht zu einer Pufferzone zwischen der NATO und Russland werden soll.<sup>4</sup> Die Charta über Zusammenarbeit mit der Allianz, die in Madrid 1997 mit der Ukraine zu gleichen Bedingungen wie mit Russland unterzeichnet wurde, ist ein überzeugendes Zeichen der Rolle des neuen Staates im System der europäischen Sicherheit (Kinkel 1997).

Mit der Bereitschaft der Ukraine, eng mit der NATO zusammenzuarbeiten, hängt ihre Haltung in der Frage der NATO-Osterweiterung zusammen. Die von der ukrainischen Führung gegen die NATO-Osterweiterung geltend gemachten Vorbehalte sind nicht auf Bedrohungswahrnehmungen zurückzuführen. Die NATO gilt nicht als mögliche Bedrohung der Ukraine. Die Vorbehalte resultieren vielmehr aus Befürchtungen bezüglich der Reaktionen Russlands und in Bezug auf die Konstellation, die dann für die Ukraine entstehen würde.<sup>5</sup> Eine weitere Besorgnis der Ukraine ruft dagegen die Frage über eine mögliche Stationierung von Nuklearwaffen der Allianz auf dem

Territorium der neuen NATO-Mitglieder hervor, die mit der NATO-Osterweiterung in der Perspektive verbunden ist. Diese Perspektive wird von den ukrainischen Politikern als Gefahr betrachtet und hatte die ukrainische Initiative zur Gründung einer nuklearwaffenfreien Zone im Osten Europas zu Folge.

Die Fragen der praktischen Realisierung der Charta Ukraine-NATO wurden im Juli 1997 während eines offiziellen Besuchs des Bundesaußenministers Kinkel in Kiew besprochen. Große Aufmerksamkeit wurde in den Verhandlungen den Fragen der europäischen Sicherheit und der Integration der Ukraine in die europäischen und atlantischen Strukturen gewidmet. Eine große Bedeutung besaßen auch wirtschaftliche Probleme. Bei der Schließung des Kernkraftwerkes von Tschernobyl wurde nichts Neues erreicht. Der Versuch Deutschlands, zu betonen, dass dieses Problem vor allem die Ukraine betrifft, versank im Schweigen: Für die Ukrainer stehen die ökologischen Probleme im Schatten der wirtschaftlichen Krise. Die gleichen Probleme wurden während des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten Herzog im Februar 1998 behandelt.

Zusammenfassend kann folgendes festgestellt werden: Die großen Hoffnungen auf eine dynamische Entwicklung der deutsch-ukrainischen politischen und Wirtschaftsbeziehungen nach Herstellung der deutschen Einheit und der Unabhängigkeit der Ukraine haben sich bislang nicht erfüllt. Seit 1996 kann Stagnation beobachtet werden, die zu einer strukturellen Krise in den Beziehungen führt. Diese Krise hat aber besondere Spezifika: Die Kontakte werden zur Zeit sogar breiter als früher. Es wächst aber der Komplex der Probleme, die von beiden Staaten nicht gelöst werden können. Das ist eine beiderseitige Illusions- und Erwartungskrise. Die mangelnden Reformen in der Ukraine einerseits und zu hohe Erwartungen Deutschlands andererseits verursachten eine Lage, in der die von deutscher Seite angebotenen Formen der Zusammenarbeit nicht mehr funktionieren können.

Die Ursachen dafür liegen weit mehr auf ukrainischer als auf deutscher Seite. Die seit 1991 eingeleitete politische und wirtschaftliche Transformation ist mit einer Vielzahl von Schwierigkeiten verbunden, die z.T. von den speziellen Bedingungen des Landes beeinflusst werden. Vor allem sind es ungelöste Aufgaben der politischen und wirtschaftlichen Transformation, die die ökonomische Zusammenarbeit behindern und die Ukraine auch für die Bundesrepublik zu einem schwer berechenbaren Außenwirtschaftspartner machen.

Auf multilateraler Ebene setzt sich die Bonner Politik aktiv für die internationale Anbindung der Ukraine ein. Bonn versteht sich als Fürsprecher der Ukraine, der seine guten Dienste anbietet und bei den westlichen Institutionen für ein sensibles Eingehen auf begründete Vorstellungen Kiews wirbt. Als Beispiele dafür können der G7-Weltwirtschaftsgipfel und dessen Umfeld, die Aspekte der NATO-Erweiterung sowie Deutschlands Rolle bei der Ausarbeitung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine aufgezählt werden.

Wichtig für die Ukraine ist auch die Zusammenarbeit mit der EU im Kontext des Beitritts von Polen und Ungarn – direkten Nachbarn des Landes. Die Ukraine stellt sich die engere Zusammenarbeit mit der EU folgendermaßen vor: Zunächst der Abschluß eines Vertrages über die Freihandelszone, danach Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens nach dem Muster der Europa-Abkommen, die mit den mitteleuropäischen Staaten unterzeichnet wurden und in einer weiteren Perspektive die vollständige Mitgliedschaft in der Union. Die Ukraine begrüßt die bevorstehende Aufnahme der mitteleuropäischen Staaten in die EU, weil sie zu ihnen stabile und gute Nachbarschaftsbeziehungen pflegt. Eine weitere Zusammenarbeit mit diesen Ländern wird der Orientierung des Landes in Richtung Europa dienen. Als ein Zeichen dafür kann die besondere Partnerschaft Ukraine – Bundesrepublik Deutschland – Republik Polen dienen, die nach dem Muster des „Weimarer Dreiecks“ geschlossen wurde.<sup>6</sup>

Fragt man nach den Perspektiven des deutsch-ukrainischen Verhältnisses, so kann kein Zweifel daran bestehen, dass ohne die Stabilisierung der Wirtschaftslage, ohne adäquate Fortschritte bei der ökonomischen und politischen Systemtransformation und ohne nachhaltigen Strukturwandel kein dauerhafter Aufschwung der externen Wirtschaftsbeziehungen möglich sein wird. Es ist aber gleichzeitig die Frage zu stellen, warum die Verhältnisse Deutschlands zur Russischen Föderation oder zur Republik Polen über zwischenstaatliche Grundlagenverträge geregelt sind und in den Beziehungen zur Ukraine nur eine gemeinsame Deklaration über die Grundlagen des Verhältnisses existiert.

Dadurch wird der Eindruck erweckt, dass die Beziehungen zur Ukraine für die Bundesrepublik eine weniger bedeutende Rolle spielen, als die Kontakte zu Russland oder zu den unmittelbaren Nachbarn. Die Bundesrepublik betrachtet die Ukraine faktisch als einen europäischen Partner der dritten Reihe. Zur ersten gehören Deutschlands direkte Nachbarn. Zur zweiten werden die Baltischen Staaten, Ungarn, Slowenien, Kroatien – also die Länder mit weit fortgeschrittenen ökonomischen Reformen – gezählt, weil sie für die deutsche Wirtschaft von Interesse sind. Die Ukraine wird ausschließlich aus Gründen der europäischen Sicherheitspolitik als Partner betrachtet. Deswegen kann prognostiziert werden, dass es auch in der nächsten Zukunft nicht zu einer Belebung der deutsch-ukrainischen Beziehungen kommen wird.

## Literatur

- Brzezinski, Zbigniew, Macht und Moral: neue Werte für die Weltpolitik, Hamburg 1994.
- Cziempel, Ernst-Otto, Der Umbruch 1989/90. Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung, in: Studienbrief 1, Tübingen 1997, Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen, S. 1/1–1/44.
- Fukuyama, Francis, The End of the History?, in: The National Interest 16 (Summer), 1989, S. 3–16.
- Fukuyama, Francis, Das Ende der Geschichte, München 1992.

Haiken E., Na golovnych napriamkach spivrobotnyctva (Auf haupttrichtungen der Zusammenarbeit), in: Polityka i čas, 1996, Nr.12, S. 3.

Kinkel, Klaus, Sieben Gründe für die Öffnung der NATO für neue Mitglieder, in Kieler Nachrichten vom 30.6.1997.

Kostenko, Juri, Kurs na stabilne partnerstvo (Kurs auf eine stabile Partnerschaft), in: Polityka i čas, 1996, Nr. 12, S. 10–15.

Kudriačenko, A. I./Hrabarčuk, H. O., Ukrajina i Nimeččyna – dvostoronni vidnosyny na počatku 90ch rokiv (Ukraine und Deutschland – bilaterale Verhältnisse am Anfang der 90er Jahre, T-vo „Znannia“, Kyiv 1994.

Nye, Joseph Jr., What New World Order? in: Foreign Affairs 71, 1992, Nr. 2, S. 83–96.

Pfetsch, Frank R., Internationale Politik, Stuttgart/Berlin/Köln 1994.

**Roman Kryvonos** ist Doktorand am Institut für Internationale Beziehungen der Taras-Schewtschenko-Universität Kiew.

<sup>1</sup> Der Autor dankt Prof. Dr. Dariusz Aleksandrowicz, Prof. Dr. Michael Minkenberg, Timm Beichelt (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) für ihre Hilfe, wichtige Anregungen und Kritik bei der Vorbereitung dieser Studie.

<sup>2</sup> Die Zeitung „Die Welt“ betonte in einem diesem Besuch gewidmeten Kommentar, dass K. Kinkel aus Kiew mit der Überzeugung kam, dass die Ukraine breite Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik anstrebt (Die Welt vom 17.2.1993).

<sup>3</sup> Interview des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Klaus Kinkel, in: Kölner Stadtanzeiger vom 8.7.1997.

<sup>4</sup> Interview des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Klaus Kinkel mit dem Deutschlandfunk (Interviewpartnerin: Elke Durak) in der Sendung „Informationen am Morgen“ am 30.5.1997 zum Frühjahrstreffen der NATO-Außenminister am 29./30. Mai 1997 in Sintra/Portugal in Internet auf dem Server des Auswärtigen Amtes unter der Adresse: <http://www.aa.de/> zugänglich.

<sup>5</sup> Vgl. das Interview des damaligen ersten stellvertretenden Außenministers und heutzutage des Außenministers der Ukraine, Borys Tarasjuk, mit der Zeitschrift „Transition“, Bd. 1, Nr. 13, 28.07.1995, S.19.

<sup>6</sup> „Weimarer Dreieck“ ist ein institutionalisierter Konsultationsmechanismus für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Polen, der seit 1991 existiert, und aus regelmäßigen Treffen auf der Ebene der Außenminister und der Konsultationen der Abteilungsleiter der Außen- und Verteidigungsministerien dieser drei Staaten besteht.